



N i e d e r s c h r i f t

**über die 17. Sitzung des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld
am 21.05.2026**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:23 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages am 16.04.2026
- 6 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 9.1 Sicherstellung der Bereitstellung von Fördermitteln für Personalausgaben von Fachkräften gemäß der Richtlinie Jugendarbeit für einen Zeitraum von fünf Jahren ab 2027 BV/0223/2026
- 9.2 Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses BV/0232/2026
- 9.3 Fördermittel im Rahmen des Förderprogrammes „Sondervermögen Infrastruktur – Kommunalarm“ und Anträge auf außerplanmäßige Auszahlungen BV/0235/2026
- 9.4 Wahl eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses BV/0237/2026
- 10 Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Wolpert eröffnete und leitete die 17. Sitzung des Kreistages.

**Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreis-
tagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der Sitzung waren 39 Mitglieder des Kreistages und der Landrat anwesend. Der Kreistag war mit 72,73 % beschlussfähig.

**Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesord-
nung**

Es gab keine Änderungsanträge.
Die Tagesordnung wurde einstimmig mit 40 Ja-Stimmen bestätigt.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Frau Annika Busse fragte, ob Eltern Möglichkeiten hätten, etwas gegen die Schließung von Kindertagesstätten zu unternehmen, um diese zu verhindern.

Herr Grabner erklärte, dass Entscheidungen über die Schließung von Kindertagesstätten in der Zuständigkeit der jeweiligen Kommune lägen, wenngleich diese durch den Kinder- und Jugendbereich des Landkreises begleitet werden müssten. Er empfahl der Einwohnerin, sich diesbezüglich in der Verwaltung zu erkundigen beziehungsweise direkt mit dem anwesenden Bürgermeister Kontakt aufzunehmen.

**Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstim-
mung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages am
16.04.2026**

Es gab keine schriftlichen und mündlichen Einwendungen.
Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 16.04.2026 wurde einstimmig mit 35 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, bestätigt.

Punkt 6. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

Herr Wolpert gab bekannt, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Kreistages am 16.04.2026 folgender Beschluss gefasst wurde:

Beschluss-Nr. 119-16/2026

Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs

B e s c h l u s s:

Der Kreistag beauftragt den Landrat, den vor dem Verwaltungsgericht Halle am 23.03.2026 widerrufenlich geschlossenen Vergleich nicht bis zum 08.05.2026 (12:00 Uhr) zu widerrufen, so dass der Verwaltungsrechtsstreit des Landkreises Anhalt-Bitterfeld gegen die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (Az: 3 A 257/23 HAL) beendet wird.

Punkt 7. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Herr Grabner berichtete umfassend über aktuelle Kreisangelegenheiten:

- **Ausschussbeschlüsse, Vergabe- und Baubericht:** Neben dem obligatorischen Verweis auf den Bau- und Vergabebericht wurde mitgeteilt, dass die im nicht öffentlichen Teil der Kreis- und Finanzausschusssitzung vom 9. April gefassten Beschlüsse im Amtsblatt vom 15.05.2026 bekannt gegeben worden seien.
- **Breitbandausbau (Gigabit-Förderung 2.0):** Das Markterkundungsverfahren sei gestartet worden. Alle Telekommunikationsunternehmen seien angefragt worden, inwieweit in den kommenden sieben Jahren ein eigenwirtschaftlicher Ausbau in den Städten und Gemeinden des Landkreises Anhalt-Bitterfeld erfolgen werde. Nach Ablauf der einmonatigen Frist werde entsprechend weiter verfahren und ausgeschrieben.
- **Abfallentsorgung:** Im Bereich Zerbst könne die geplante Leerung der Gelben Säcke bzw. Tonnen am kommenden Freitag aufgrund von Krankenstand beim Entsorgungsunternehmen nicht vollständig vollzogen werden; dies werde am Samstag nachgeholt. Der Landkreis werde weiterhin darauf drängen, dass Personalausfälle durch das Unternehmen verlässlich kompensiert werden.
- **Sportförderung (Großsporthalle Krondorf):** Für die Sanierung der Turnhalle seien Fördermittel in Höhe von circa 2,25 Millionen Euro bewilligt worden. Die restlichen 55 Prozent der Gesamtkosten von rund 5 Millionen Euro sollen aus dem Sondervermögen finanziert werden. Die Verhandlungen mit der Wohnungsbaugesellschaft Wolfen über eine Übertragung seien abgebrochen worden, sodass die Sporthalle im Eigentum des Landkreises verbleibe.
- **CSD Köthen:** Der Genehmigungsprozess für den zweiten CSD in Köthen gestalte sich aufgrund von Schwierigkeiten mit dem Veranstalter herausfordernd. Der Prozess werde weiter aufmerksam begleitet.

- **Sputnik Springbreak:** Das Festival beginne am Freitag, die Anreisewelle sei bereits erfolgt. In der Nacht habe es erste Lärmüberschreitungen durch zwei nicht genehmigte Bühnen gegeben. Die Untere Naturschutzbehörde und die Ordnungsbehörde seien ganztägig vor Ort, um die Auflagen kritisch zu überwachen. Die abschließende Genehmigung sei erst zwei Tage vor Festivalbeginn erteilt worden.
- **Gesundheitszentren:**
 - Krankenhaus Bitterfeld-Wolfen: Im stationären Bereich sei eine leichte Leistungssteigerung von circa 3 Prozent (insbesondere Frauenklinik, Viszeral- und Unfallchirurgie) zu verzeichnen. Die Geburtenzahlen seien gestiegen (292 Geburten im Jahr 2025, was einer Steigerung von etwa 10 Prozent entspreche; für 2026 rechne man mit etwa 310 Geburten). Das Jahresergebnis 2025 werde voraussichtlich bei circa -1,3 Millionen Euro liegen. Der Start ins Jahr 2026 sei aufgrund von Ambulantisierungseffekten verhaltener verlaufen (Fallzahlen 3,7 Prozent unter Vorjahresniveau). Das Chefarztkollegium sei zum 1. Juli 2026 mit einem neuen Chefarzt für Anästhesie und Intensivmedizin wieder komplett. Die Liquiditätslage bleibe angespannt.
 - Krankenhaus Zerbst: Die durchschnittliche Belegung liege bei 66 Patienten und damit noch unter dem Auslastungsziel von 80 Betten. Im Rahmen der Kooperation seien erste Zerbster Patienten (Prothetik, Herzkatheter) im Mai in Bitterfeld versorgt worden. Zum 1. Mai sei ein neuer ärztlicher Direktor berufen worden, zum 1. Juni nehme zudem eine neue Klinikleiterin zur Unterstützung der Geschäftsführung ihre Arbeit auf. Die Liquidität bewege sich weiterhin auf dem Niveau des Übergabezeitpunktes (Februar/März).

(Herr Roi und Herr Tkalec gekommen = 41+1 = 76,36%)

Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Herr Wolpert teilte mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 25.06.2026 um 18:00 Uhr im Kreistagssitzungssaal der Landkreisverwaltung stattfinden wird..

Punkt 9. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Punkt 9.1. Sicherstellung der Bereitstellung von Fördermitteln für Personalausgaben von Fachkräften gemäß der Richtlinie Jugendarbeit für einen Zeitraum von fünf Jahren ab 2027 **Vorlage: BV/0223/2026**

Herr Wolpert informierte über einen vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Der Änderungsantrag sehe vor, die Formulierung in „der Kreistag beschließt“ zu ändern und den Passus „und für eine in der Sachdarstellung aufgeführten Variante verwendet“ zu streichen.

(Herr Schönemann gekommen = 42+1 = 78,18 %)

Herr Kröber merkte an, dass die Personalkosten nicht auskömmlich finanziert seien. Zudem verwies er auf einen möglichen Schreibfehler bei den finanziellen Auswirkungen (SK 531845 und SK 531212, Änderung um 100.000 Euro). Er bat um Prüfung.

Herr Wolpert sicherte eine verwaltungsseitige Prüfung der finanziellen Auswirkungen zu.

Über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wurde abgestimmt. Dieser wurde mit 37 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme, bei 5 Enthaltungen mehrheitlich bestätigt.

Beschluss-Nr.: 120-17/2026

Der Kreistag beschließt, die finanziellen Mittel zur Finanzierung der Personalausgaben für die Jugendfreizeiteinrichtungen aus der Jugendpauschale für 5 Jahre, beginnend ab 2027, zur Verfügung zu stellen. Nicht abgerufene Mittel werden in das Folgejahr übertragen und nach folgender Priorität verwendet.

Prioritätenliste:

1. Deckung der Personalkosten
2. Deckung der Projektkosten
3. Deckung der Miet- und Nebenkosten

Punkt 9.2. Wahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses **Vorlage: BV/0232/2026**

Herr Wolpert schlug eine offene Wahl vor. Hiergegen wurde nicht widersprochen.

Frau Bettina Kutz wurde somit zum neuen stellvertretenden stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses gewählt.

Die **Vorlage 0232/2026** wurde mit 36 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen, bei 3 Enthaltungen, mehrheitlich bestätigt.

Beschluss-Nr.:121-17/2026

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der KJR Anhalt-Bitterfeld e.V. ein neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

- bisheriges stellv. Mitglied: Herr Ulrich Weimeister, KJR Anhalt-Bitterfeld e.V.
- neues stellv. Mitglied: Frau Bettina Kutz, KJR Anhalt-Bitterfeld e.V.

Punkt 9.3. Fördermittel im Rahmen des Förderprogrammes „Sondervermögen Infrastruktur – Kommunalarm“ und Anträge auf außerplanmäßige Auszahlungen

Vorlage: BV/0235/2026

Herr Grabner erläuterte die Beschlussvorlage zu Maßnahmen, die nicht im Haushaltsplan 2026 integriert seien, jedoch aus dem Sondervermögen im Jahr 2026 in Höhe von ca. 4,4 Millionen Euro umgesetzt werden sollen. Zu den größten Posten zählten die Rekommunalisierung der Klinik Zerbst mit voraussichtlichen Kosten von bis zu 900.000 Euro (u. a. für Notar-, Anwalts- und Grunderwerbskosten) sowie Investitionen für das Krankenhaus Bitterfeld, darunter ein Operationsroboter für 1,3 Millionen Euro und eine neue DECT-Telefonanlage. Weitere Mittel seien für Schulen vorgesehen, wie beispielsweise für Chemiekabinette, eine Heizungsumstellung sowie die Sanierung der Sekundarschule Rüsternbreite.

Planungsleistungen für den Umbau des Rathauses und des Verwaltungsgebäudes seien für 2026 reduziert worden; die verbleibenden Mittel würden in den Folgejahren veranschlagt.

Herr Dittmann bat darum, im Protokoll deutlich hervorzuheben, welche Maßnahmen im Haushalt 2026 auf null gesetzt wurden, um die Deckung für andere Projekte zu gewährleisten. Dies sei zwingend erforderlich, um die Mittelbindung in der Haushaltsplanung 2027 nachvollziehen zu können. Auf Nachfrage zur Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes wurde klargestellt, dass es sich lediglich um eine Umdeklarierung handle, da das Sondervermögen für 2026 schon angemeldet werden musste.

Weiterhin kündigte er einen Antrag zur Aufnahme in die nächstmögliche Tagesordnung des Kreistages an, um über das Angebot der Stadt Zerbst zu entscheiden, ob eine Mitgesellschafterrolle für den Krankenhausstandort Zerbst hier in Frage kommt. Auf die Frage, ob durch die Nullsetzung der Maßnahme „Brandschutz und Notstromversorgung“ Nachteile entstünden, erklärte die Verwaltung, dass derzeit ein Grundsatzkonzept für die weitere Fortentwicklung des Hauses in Zerbst erstellt werde, welches diese Punkte vollumfänglich beinhalte.

(Herr Feuerborn, Herr Dr. Försterling und Herr Schenk gekommen = 45+1 = 83,64 %)

Herr Trübner bezog sich auf die Änderungsseite und fragte, ob die Maßnahmen Brandschutz und Sicherheitsstromkreis gestrichen wurden. Wird es nicht durchgeführt und entstehen daraus Nachteile, wenn dort null steht?

Herr Grabner erklärte, dass es lediglich eine Verschiebung ist. Es wurde festgestellt, dass man ein Konzept erstellen lassen muss, für die weitere Fortentwicklung des Hauses, inklusive der nicht genutzten Gebäudeteile. Innerhalb des Konzeptes sollte auch Brandschutz und Stromversorgung mit aufgeführt werden.

Herr Roi erkundigte sich nach Fördermitteln aus dem Landesprogramm für Schulinfrastruktur (83 Millionen Euro). Wann wurde darüber informiert und was hat man da angemeldet?

Herr Haferkorn antwortete, dass das Land den Landkreis erst kurz vor Antragsschluss informiert habe. Dennoch habe der Landkreis fristgerecht sieben Anträge (u. a. für den Fachbereich Bau und die Musikschule) eingereicht, die derzeit im zuständigen Ministerium geprüft würden.

Herr Roi bat darum, das genaue Datum der Information durch das Land sowie die Frist zur Einreichung zu Protokoll gebeten.

Die **Vorlage 0235/2026** wurde mit 45 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, einstimmig bestätigt.

Beschluss-Nr.: 122-17/2026

Der Kreistag beschließt die neuen Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „Sondervermögen Infrastruktur – Kommunalarm“ und genehmigt die außerplanmäßigen Auszahlungen.

Punkt 9.4. Wahl eines neuen stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: BV/0237/2026

(Herr Maaß gegangen = 44+1 = 81,82 %)

Herr Wolpert erklärte, dass einer offenen Wahl im Vorfeld widersprochen worden sei, weshalb die Wahl geheim durchzuführen sei.

Für die geheime Wahl wurde eine Stimmzählkommission wie folgt gebildet:

Fraktion AfD:	Herr Pfalzgraf
Fraktion CDU-FDP:	Frau Führer
Fraktion FW ABL:	Herr Rudolf
Fraktion SPD-Bündnis 90/Die Grünen:	Frau Makowsky
Fraktion Die Linke:	Frau Zoschke

Frau Zoschke gab folgendes Wahlergebnis bekannt:

anwesende Kreistagsmitglieder: 44+1

abgegebene Stimmen: 45

gültige Stimmen: 2

ungültige Stimmen: 43

Frau Zoschke erklärte, dass Herr Benjamin Oberst und Frau Sophie-Emelie Zsikin nicht gewählt wurden. Es gab keinen zweiten Wahlgang.

Beschluss-Nr.: 123-17/2026

(mehrheitlich nicht gewählt) Der Kreistag wählt auf Vorschlag der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (faw) gemeinnützige Gesellschaft mbH Herr Benjamin Oberst zum neuen stimmberechtigten Mitglied und Frau Sophie-Emelie Zsikin zum neuen stellvertretenden stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Punkt 10. Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

Herr Loth erkundigte sich nach dem Markterkundungsverfahren für den Glasfaserausbau. Er fragte, ob Ortsteile, die von Telekommunikationsunternehmen nicht für einen eigenwirtschaftlichen Ausbau vorgesehen seien, in die interne Begutachtung einfließen und im nächsten Jahr Fördermittel erlangen könnten. Seitens der Verwaltung wurde geantwortet, dass nicht eigenwirtschaftlich ausgebaute Ortsteile durchaus in den Genuss der Gigabit-Förderung kommen könnten.

Herr Grabner antwortete, dass die nicht ausgebauten Ortsteile durchaus in den Genuss der Gigabit-Förderung kommen könnten. Die zentralen Orte werden eigenwirtschaftlich erschlossen und das was nicht eigenwirtschaftlich erschlossen werden soll, werde jetzt teilweise auch gefördert.

Herr Schütz sprach seinen Dank aus für die unkomplizierte Entsorgung eines illegal abgestellten PKW in der Ortschaft Gröbzig sowie für die schnelle Behebung von Straßenschäden durch die Kreisverwaltung. Weiterhin wies er auf erhebliche Schäden an der durch den Ort führenden Kreisstraße hin, die durch den Schwerlastverkehr im Zuge der B6n-Maßnahmen entstanden seien. Er bat darum zu prüfen, ob nach Abschluss der Maßnahmen straßenver-

bessernde Maßnahmen ergriffen werden könnten, da sich das Kopfsteinpflaster durch die Belastung löse.

Herr Heeg merkte an, dass die Schreibweise von Ortsteilen in den Unterlagen (Vergabebericht) teilweise fehlerhaft sei, und bat die Kreisverwaltung, künftig auf die korrekte Schreibweise der Ortsnamen zu achten.

Herr Krillwitz erkundigte sich nach dem Sachstand der Standortanalyse für das FTZ, welches über das Sondervermögen finanziert werden solle, und fragte, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Zudem regte er an, bei der Ausschreibung für die K 2055 in Richtung Solar Valley eine Verkehrsinsel zur Verkehrsberuhigung einzuplanen, da die lange gerade Strecke zu überhöhten Geschwindigkeiten verleite.

Herr Wolkenhaar merkte an, dass der vorgelegte Baubericht nicht den aktuellen Stand widerspiegele. Er wies darauf hin, dass bei mehreren Maßnahmen (u. a. Beschaffung von Fahrzeugen und Rettungsgeräten) der angegebene Verfahrensstand veraltet sei, und bat darum, die Unterlagen künftig aktueller zu halten.

Herr Roi fragte nach dem Sachstand zum geplanten Verwaltungsgebäude (Haus E) in Bitterfeld, für das ursprünglich 10 Millionen Euro eingeplant gewesen seien, insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussionen um den Kulturpalast und möglicher Einschränkungen durch die Chemieindustrie.

Herr Grabner erklärte hierzu, dass diese Maßnahme bereits in den Beratungen mit den Fraktionsvorsitzenden ad acta gelegt worden sei. Man müsse nun anderweitig planen, um den baulich desolaten Standort in der Ziegelstraße sukzessive freizuziehen. Zur Standortentscheidung für das FTZ (u. a. Freifläche Thalheim, Bestandsgebäude Solar Valley) teilte er mit, dass diese voraussichtlich im Rahmen der Haushaltsdiskussionen für das Jahr 2027 getroffen werde. Bezüglich der angeregten Verkehrsberuhigung auf der K 2055 werde er den aktuellen Planungsstand erfragen.

gez. Veit Wolpert
Vorsitzende/r des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld

gez.
Protokollant/in